



Randolf Rodenstock

**RANDOLF RODENSTOCK:  
Zur Panik besteht kein Anlass**

Zur Panik besteht kein Anlass: Eine wirtschaftliche Erholung in Deutschland etwa im Sommer diesen Jahres ist möglich, wenn Politik und Tarifpartner jetzt die Weichen richtig stellen.

Für ein nachhaltiges Wachstum ist aber neben entsprechenden Tarifabschlüssen auch eine kräftige Reformpolitik nötig. Tiefgreifende Strukturprobleme haben Deutschland den Stamplatz am Ende des europäischen Wachstumszuges eingebracht. Mit einer besseren Wirtschaftspolitik und konsequenten Reformen – vor allem des Arbeitsmarktes, des Arbeitsrechts und der Sozialsysteme – wäre es in der wirtschaftlichen Flaute allen besser gegangen.

Randolf Rodenstock, Präsident der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw), des Verbandes der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie (VBM) sowie des Bayerischen Unternehmensverbands Metall und Elektro (BayME), bei seiner Jahres-Pressekonferenz im PresseClub München.

WERNER KAHL

**Ein Kampf gegen Windmühlenflügel**

Die Bekämpfung der Ursachen der Schwarzarbeit steht nicht auf der politischen Tagesordnung. Wem zur Eindämmung der Schwarzarbeit nur eine Verschärfung der Strafen und Kontrollen einfällt, der führt einen aussichtslosen Kampf gegen Windmühlenflügel.

Mit der Einführung einer Bauabzugssteuer und der Einführung der Tarifreue-Erklärung bei der öf-

fentlichen Auftragsvergabe ist die Bundesregierung zwar auf dem richtigen Weg. Aber mit dem vorliegenden Referenten-Entwurf eines Gesetzes zur Erleichterung der Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit kann das Ziel nicht erreicht werden.

Nicht schärfere Gesetze, sondern ein wirksamer Gesetzesvollzug ist notwendig, wenn die Schwarzarbeit und die illegale Beschäftigung wirksamer als bisher bekämpft werden sollen. Im Einzelnen geht es mir um die Beseitigung des Vollstreckungsnotstandes im Ausland, verstärkte Baustellenkontrollen, eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen den Behörden, die Einführung einer Meldepflicht statt der vorgesehenen Generalunternehmerhaftung für die Sozialversicherungsbeiträge sowie Aufhebung des Versicherungsschutzes für Schwarzarbeiter durch die Unfallversicherung. Es ist ein Skandal, dass Schwarzarbeiter den vollen Versicherungsschutz der gesetzlichen Unfallversicherung genießen. Dadurch werden die Baubetriebe jährlich mit Kosten von über 50 Mio. € belastet.

Werner Kahl, Vizepräsident des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes (ZDB), vor der Presse in Berlin.

ARNDT FRAUENRATH:

**Keine Subventionen beim Kombilohn**

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen, die wir mit ABM und Vergabe-ABM gemacht haben, lehnen wir jede Form von Lohnsubventionierung – auch vorübergehender Art – ab. Dies gilt auch für die von der Bundesregierung geplante Kombilohn-Lösung. ABM hat in der Vergangenheit viele Milliarden DM verschlungen und zu keinen neuen Arbeitsplätzen geführt. Lohnsubventionierung geht immer zu Lasten stabiler und gut funktionierender Betriebe und deren Arbeitnehmer. Dies können wir nicht wollen. Hier sind intelligente und mutige Lösungen gefordert und keine Wahlgeschenke. In einer Marktwirtschaft brauchen wir vernünftige Rahmenbedingungen und keine Lohnsubventionen.

Dazu gehört es besonders, Anreize für die Arbeitgeber zu schaffen und Einstellungshemmnisse abzubauen. Wir fordern eine Senkung des Schwellenwertes im Kündigungsschutz als Anreiz gerade für die kleineren mittelständischen Unternehmen, mehr Personal einzustellen.



Arndt Frauenrath

nisse abzubauen. Wir fordern eine Senkung des Schwellenwertes im Kündigungsschutz als Anreiz gerade für die kleineren mittelständischen Unternehmen, mehr Personal einzustellen.

Arndt Frauenrath, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes (ZDB), bei der Eröffnung der 20. Internationalen Baufachmesse „Deubau 2002“ in Essen.



Kurt Bodewig

KURT BODEWIG:

**Verbraucher spürt Lkw-Maut nicht**

Der zukünftige Einfluss der Lkw-Maut auf das Preisniveau in Deutschland liegt unter der Wahrnehmungsschwelle. Wenn das Gewerbe die Maut-Kosten von durchschnittlich 15 Cent pro Kilometer an den Verbraucher weitergibt, hat das eine Auswirkung auf die Preise, die unter 0,15 % liegt. Die preistreibende Wirkung der Maut ist daher ein Märchen.

Die Preisspanne zwischen den Geschäften ist deutlich größer als die Preissteigerungen durch die

Maut. Daher wird der Verbraucher auch die Maut nicht spüren. Negative Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Deutschland sind in jedem Fall auszuschließen.

Kurt Bodewig, Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, in einer Pressemitteilung.

**MICHAEL WEISSENBORN:  
Hoffnungsschimmer vom Tiefbau**

Wir haben soeben das siebente magere Jahr der Bauwirtschaft hinter uns gebracht. Leider gilt nicht die alte Bauernregel, wonach nun in 2002 die sieben fetten Jahre beginnen müssten. Vielmehr verheißen die Prognosen für die nähere Zukunft keinesfalls Besserung. Deshalb wird der Zementabsatz – wenn auch weniger dramatisch – noch weiter zurückgehen.

Trotzdem hoffen wir mit der Bauwirtschaft auf den Tiefbau, wo Investitionen in die Infrastruktur dringend notwendig sind. Eine solche Entwicklung enthält insofern einen Hoffnungsschimmer, als 36 Prozent des Zementverbrauchs in den Tiefbau gehen, der zu etwa 75 Prozent von der öffentlichen Hand in Auftrag gegeben wird. Dabei verfügt der Bund auch über die hierfür erforderlichen Mittel, während die finanzielle Lage bei Ländern und Kommunen recht desolat ist.

Prof. Ignaz Walter, der sonst gern für die Bauindustrie mit dem Säbel rasselt, schlägt neuerdings angesichts eines gewissen Paradigmenwechsels bei den öffentlichen Auftraggebern etwas mildere Töne an. Sie beginnen offenbar doch allmählich damit, auch bei uns – in England längst in erheblichem Umfang übliche – öffentliche Betreibermodelle zu realisieren.

Allerdings halten vorerst noch manche Fachbeamten dagegen. Das geschieht vielleicht aus Sorge um Kompetenzverluste oder auch, weil man so etwas noch nie gemacht hat. Es hat aber den Anschein, dass der Druck aus Bauwirtschaft und Politik den Weg für den verstärkten Einsatz öffentlicher Betreibermodelle allmählich öffnen kann.

Dr. Michael Weissenborn, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Zementindustrie, vor der Fachpresse in Köln.



Dr. Guido Westerwelle

**GUIDO WESTERWELLE:  
Deutschland spielt in der zweiten Liga**

Nach einem sehr schwachen Wirtschaftswachstum in Deutschland im vergangenen Jahr prognostizieren wir für 2002 wieder nur 0,75 Prozent. Wir brauchen aber fast doppelt soviel Wachstum, damit überhaupt der Schwellenwert für zusätzliche Arbeitsplätze überschritten wird. Es gab auch früher schon Zeiten mit schlechtem Wirtschaftswachstum. Es gab auch früher Zeiten, in denen die Weltkonjunktur schlecht war. Anders als früher, als wir wenigstens auch dann einen der vorderen Plätze einnahmen, liegen wir jetzt erstmals auf dem letzten Platz. Das gab es noch nie in der Nachkriegszeit. Woran aber hat es gelegen, dass alle Länder in Europa besseres Wirtschaftswachstum haben als wir Deutschen? Wie kam es dazu, dass Deutschland, früher in diesem Punkt immer in der ersten Liga vertreten, nun nur noch als Zweitligist mitspielt? Sicher ist das keine Frage von Fleiß und Dynamik in unserer Volkswirtschaft. Auch keine Frage von Auswirkungen der tragischen New Yorker Ereignisse vom 11. September 2001. Es ist vielmehr das Ergebnis von zahlreichen falschen nationalen politischen Entscheidungen und daraus ableitbaren Vorgängen wie beispielsweise unserer viel zu hohen Staatsquote von rund 50 Prozent. Dies ist ein zentrales Problem, das unbedingt rasch geändert werden muss, um wieder mehr Wachstum zu erreichen.

Dr. Guido Westerwelle, Vorsitzender der FDP, auf der Bonner Festveranstaltung zum 100-jährigen Jubiläum des Bundesverbandes Deutsche Beton- und Fertigteilindustrie (BDB).

**HANS HUGO KLEIN:  
Immer weniger Transparenz**

Der Staat ist immer auch Bauherr gewesen. Architekten und Ingenieure formen sein Gesicht, indem sie die Bauwerke errichten, in denen Regierungen, Parlamente, Behörden und Gerichte ihren amtlichen Geschäften obliegen. Der Stil, in dem der Staat baut, soll etwas über sein Selbstverständnis sagen. Das Zeitalter des Absolutismus wie der Imperialismus spiegeln sich in ihren baulichen Schöpfungen – nehmen wir als Beispiele die Würzburger Residenz, das Schloss von Versailles oder die Houses of Parliament in London.

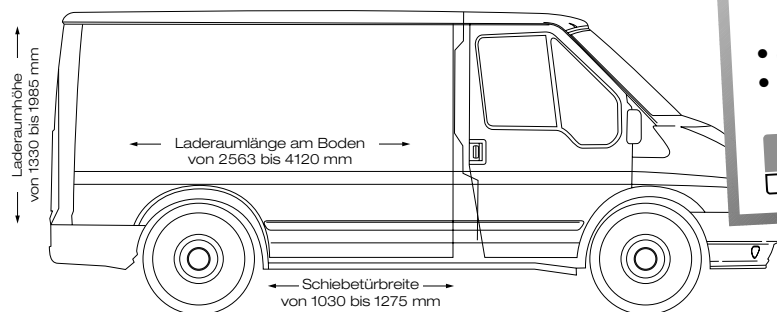
Die Bundesrepublik Deutschland ist auf Transparenz gestellt. Deswegen schaut man beispielsweise aus der Kuppel des Reichstagsgebäudes in den Plenarsaal des Bundestages. Aber diesem Anspruch entspricht kaum noch die Wirklichkeit. Die sich weltweit etablierende Wissens-, Wirtschafts- und Informationsgesellschaft setzt paradoxerweise dem Bemühen um Transparenz immer engere Schranken. Zwar ist die Zahl der jedermann zugänglichen Informationen längst ins Unendliche gewachsen. Aber die jeweils wichtigen herauszufiltern, wird immer mehr zu einer Sisyphusaufgabe.

Handel und Wandel, Wissenschaft und Forschung, Informationen und Nachrichten kennen keine Grenzen mehr. Die Globalisierung zwingt die Staaten zu inter- und supranationaler Kooperation.

Die Komplexität der den Erdkreis umspannenden Mehrebenen-Probleme und die Wege der Politiker zu deren Lösung widerstreben der Publizität und bleiben den betroffenen Bürgern zunehmend verborgen. Allgemein verbindliche Entscheidungen aber müssen im demokratischen Verfassungsstaat öffentlich verantwortet werden und jedenfalls im Grundsätzlichen auch allgemein verstehbar sein. Anders kann politische Freiheit nicht bestehen.

Prof. Dr. jur. Hans Hugo Klein, Richter des Bundesverfassungsgerichts a. D., auf der Tagung „Die Bauleute und der Jurist“ der „Stiftung Bauwesen“ in Stuttgart.

# Europaletti



**FordTransit**  
Wählen Sie zwischen

- 6 16V-Turbodieseln von 55 kW (75 PS) bis 92 kW (125 PS)
- 4 Laderaumlängen
- 12 Laderaumgrößen von 5,8 bis 14,3 m<sup>3</sup>

Ford Bank **€ 239,-** monatliche Leasingrate\*



\* ohne Mietsonderzahlung, 36 Monate Laufzeit und einer Gesamtleistung von 45.000 km. Ein Angebot der Ford Bank, zzgl. Überführungskosten und MwSt.

Ihre FordHändler

Besser ankommen.

